

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 41 | 11.10.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 143/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz und das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden (**Dienstrechts-Novelle 2024**) (verpflichtende Management-Ausbildung für Führungskräfte im Bundesdienst; Nebentätigkeit von Vertragsbediensteten; Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung; Dienstfreistellung zur Begleitung von Kindern bei einem Rehabilitationsaufenthalt)

[BGBl I 144/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz, das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz und die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert werden (**Progressionsabgeltungsgesetz 2025 – PrAG 2025**) (Abschaffung der „kalten Progression“)

[BGBl I 145/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden (**Deckelung der Pensionserhöhung 2025**; Inflations-Schutzklausel für Pensionsneuantritte)

[BGBl II 270/2024](#)

Kundmachung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft betreffend **Aufgabenübertragung** an die **Staatssekretärin**

[BGBl II 271/2024](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend **Aufgabenübertragung** an die **Staatssekretärin**

[BGBl II 272/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der das **Lehrlingseinkommen für Fitnessbetreuerinnen** und Fitnessbetreuer geändert wird

[BGBl II 273/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der das **Lehrlingseinkommen für Sportadministratorinnen** und Sportadministratoren geändert wird

[BGBl II 274/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der das **Lehrlingseinkommen für Veranstaltungstechnikerinnen** und Veranstaltungstechniker geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2024/2594 v 08.10.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/2594 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2024 zur Festlegung von Bestandserhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Kontrollmaßnahmen für den Bereich des Übereinkommens über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der **Fischerei im Nordostatlantik**, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1241 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 1236/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EWG) Nr 1899/85 und (EWG) Nr. 1638/87 des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

16.09.2024, [V 8/2024](#)

Tir ROG; Aufhebung eines aus dem Jahr 2000 stammenden **Bebauungsplans** des Gemeinderats der Landeshauptstadt Innsbruck mangels der nach dem Tir ROG gesetzlich vorgeschriebenen Festlegungen hinsichtlich der Bauhöhe von Gebäuden

16.09.2024, [V 12/2024](#)

Polizeidiensthundevorschrift; Aufhebung präjudizieller Bestimmungen der Polizeidiensthundevorschrift wegen Unterbleiben der gesetzlich gebotenen Verlautbarung mangels gehöriger **Kundmachung**; im gegenständlichen Fall erfolgte eine Kundmachung in der Datenbank „Informationen und Verwaltungsvorschriften“ des Bundesministeriums für Inneres

16.09.2024, [V 44/2024](#)

ABBAG-Gesetz; FixkostenzuschussVO; Verstoß einer Verordnung des Bundesministers für Finanzen gegen das **Sachlichkeitsgebot** auf Grund des kategorischen Ausschluss des Rechtsanspruchs auf Gewährung von Verlustersatz durch die COFAG

16.09.2024, [V 45/2023](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer **GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Innsbruck mangels genauer Festlegung der Strecke und planlicher Darstellung des Geltungsbereichs; zudem keine ordnungsgemäße Kundmachung aufgrund einer signifikanten Abweichung des Aufstellungsorts der Verkehrszeichen (286,2m bzw 287,4m) vom räumlichen Geltungsbereich der VO

16.09.2024, [V 64/2023](#)

StVO; keine Gesetzeswidrigkeit einer **GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** der Bezirkshauptmannschaft Bludenz; die Anbringung eines Straßenverkehrszeichens am Parkstreifen als Teil der Fahrbahn stellt eine zulässige Kundmachung dar

17.09.2024, [E 904/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines syrischen Staatsbürgers durch Ausüben von Willkür; Unterlassen von Ermittlungstätigkeit und Abgehen vom Akteninhalt

17.09.2024, [E 1900/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines syrischen Staatsbürgers durch Ausüben von Willkür; Unterlassen von Ermittlungstätigkeit und mangelnde Auseinandersetzung mit dem Parteivorbringen

17.09.2024, [E 2206/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz eines syrischen Staatsbürgers durch Ausüben von Willkür; keine Prüfung der drohenden Einziehung zum Militärdienst

17.09.2024, [E 2212/2023](#)

EinkommenssteuerG; Verletzung im **Recht auf Gleichheit** vor dem Gesetz durch Ausüben von Willkür; falsche Sachverhaltsbeurteilung durch Absprechen der Eignung von vorgelegten, medizinischen Attesten als Nachweis

17.09.2024, [E 2261/2024](#)

TierschutzG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Verweigerung einer Sachentscheidung betreffend einer Bewilligung zur Verwendung von Tieren im Rahmen einer Veranstaltung (Hundeausstellung); Gewährleistung von Rechtsschutz auch nach Ablauf des Bewilligungszeitraums geboten

17.09.2024, [E 2516/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz einer somalischen Staatsbürgerin durch Ausüben von Willkür; Unterlassen jeglicher Ermittlungstätigkeit in entscheidungswesentlichen Punkten

20.09.2024, [G 147/2022](#)

Ktn ChancengleichheitsG; Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** durch eine Bestimmung betreffend die Anrechnung des Einkommens eines unterhaltspflichtigen – in einer Haushaltsgemeinschaft mit dem behinderten Menschen lebenden – Elternteils auf Leistungen nach dem Ktn ChancengleichheitsG; **Unsachlichkeit** der gänzlichen Anrechnung des – den Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende überschreitenden – Differenzbetrags unabhängig von weiteren Unterhaltspflichten gegenüber anderen Personen

24.09.2024, [E 3409/2023](#)

ZivildienstG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** betreffend die Zuweisung zur Leistung der Restdienstzeit des ordentlichen Zivildienstes wegen Anwendung einer im Entscheidungszeitpunkt nicht mehr dem Rechtsbestand angehörenden Bestimmung

26.09.2024, [V 45/2024 ua](#)

Finanzmarkt-GeldwäscheG; **Finanzmarktaufsicht-KostenVO**; Unzulässigkeit der (bloßen) Anfechtung des § 21a Abs 3 Finanzmarktaufsicht-KostenVO mangels Vorliegen von **Unsachlichkeit**

02.10.2024, [G 107/2024](#)

Tir BauO; kein Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** durch § 71 Abs 13 Tir BauO; Legalisierung von lagemäßigen Abweichungen älterer Gebäude vom bewilligten Konsens im Ausmaß von 120cm ist nicht unsachlich; dies nicht zuletzt auch angesichts des zu erwartenden administrativen Aufwands

03.10.2024, [E 3283/2024](#)

TierschutzG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Verweigerung einer Sachentscheidung betreffend einer Bewilligung zur Verwendung von Tieren im Rahmen einer Veranstaltung (Hundeausstellung); Gewährleistung von Rechtsschutz auch nach Ablauf des Bewilligungszeitraums geboten

03.10.2024, [E 3787/2023](#)

B-VG; Verletzung in Rechten wegen Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes (§ 8a Abs 1 VwGVG)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.08.2024, [Ra 2024/07/0053](#)

EpidemieG, VwGVG; unter Beachtung der stRsp des VwGH bedeutet dies für den gegenständlichen Fall, dass die **Beschwerde**, die vom Verein S. am 10. November 2022 um 11:30 Uhr an die ihm im amtlichen **Vordruck des Bescheids** der rw Behörde bekanntgegebene E-Mail-Adresse gesendet wurde, wirksam eingebracht wurde und auch das Einlangen dieser E-Mail der Prüfung der Rechtzeitigkeit zu Grunde zu legen ist

10.09.2024, [Ra 2022/05/0183](#)

Nö BauO, VwGVG; im Revisionsfall trifft die Aussage des VwG im angefochtenen Erkenntnis, die Akten ließen erkennen, dass die **mündliche Erörterung** eine weitere Klärung der Rechtssache nicht erwarten lasse, nicht zu; die Rw konkretisierte in der Beschwerde ihre **Einwendungen** ua betreffend Geschoßanzahl und Gebäudehöhe, brachte vor, dass die von der mitbeteiligten Partei vorgelegte Berechnung des Lichteinfallswinkels falsch und nicht nachvollziehbar sei sowie die Antragsunterlagen in Bezug auf die Gebäudehöhe intransparent seien, und beantragte die Durchführung einer mündlichen Verhandlung; davon, dass (iSd § 24 Abs. 4 VwGVG) eine weitere Klärung der Rechtssache durch eine mündliche Erörterung nicht zu erwarten und der entscheidungsrelevante Sachverhalt geklärt gewesen wäre, konnte daher im vorliegenden Fall angesichts des Beschwerdeinhalts nicht ausgegangen werden

17.09.2024, [Ra 2024/02/0153](#)

StVO, VwGVG; indem das VwG im vorliegenden Fall maßgebliche Umstände unberücksichtigt ließ und dem Rw die Feststellung der **Versäumung der Beschwerdefrist** vor Erlassung des **zurückweisenden Beschlusses** nicht vorgehalten hat, sind dem VwG entscheidungsrelevante Verfahrensmängel unterlaufen, bei deren Vermeidung das VwG zu einem anderen Ergebnis gelangt wäre

19.09.2024, [Ra 2023/01/0304](#)

SPG; nach der bisherigen Rsp des VwGH ist für die Qualifizierung einer Amtshandlung als „**Durchsuchung des Körpers**“ eine körperliche Berührung nicht unbedingt erforderlich; auch die bloße Inaugenscheinnahme der betroffenen, unbedeckten Person kann eine solche Durchsuchung darstellen, insb dann, wenn Mitwirkungshandlungen der Person verlangt werden (wie hier: die Aufforderung, die Unterhose hinunterzuziehen); ob bzw welche Art der Durchsuchung angebracht ist, muss durch die Polizei im Vorhinein (ex ante) unter Beachtung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit** (§ 29 SPG) beurteilt werden; der VwGH erachtete die Auffassung des VwG, dass hier kein ausreichendes Gefährdungspotenzial dargelegt worden sei, das das vollständige Entkleiden im Rahmen der Durchsuchung gerechtfertigt hätte, und die Maßnahme daher einzelfallbezogen als unverhältnismäßig zu werten sei, als vertretbar

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 13.08.2024, [LVwG-680065](#)

VStG; der Vorwurf einer bestimmten Verwaltungsübertretung stellt weder die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- noch Zwangsgewalt dar; ob ein solcher **Vorwurf** den Tatsachen entspricht, ist (sofern nicht entweder der Vorwurf von den Polizeibeamten zurückgenommen oder vom Betroffenen eine Organstrafverfügung bezahlt wird) im behördlichen **Verwaltungsstrafverfahren** nach den Bestimmungen des VStG zu klären

LVwG Tir 04.09.2024, [LVwG-2024/37/1302-37](#)

Gesundheits- und KrankenpflegeG; erforderliche gesundheitliche **Eignung und Vertrauenswürdigkeit** iSd § 27 Abs 1 Z 2 Gesundheits- und KrankenpflegeG; im Hinblick auf die Opioidabhängigkeit der Bf, die eine Substitutionsbehandlung erforderlich macht, kommt dieser Bewertung über den Einzelfall hinaus Bedeutung zu

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[04.10.2024, verb Rs C-778/21 P und C-798/21 P, Kommission/ Front Polisario](#)

Rechtsmittel – **Auswärtiges Handeln** – Internationale Übereinkünfte – Partnerschaftliches Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko über nachhaltige Fischerei – Beschluss über den Abschluss dieses Abkommens und des dazugehörigen Durchführungsprotokolls – Geltend gemachte Verstöße gegen das Völkerrecht wegen der Anwendbarkeit des Abkommens auf die an die Westsahara angrenzenden Gewässer – **Nichtigkeitsklage** – Zulässigkeit – Parteifähigkeit – Klagebefugnis – Voraussetzung, wonach ein Kläger in bestimmten Fällen von der streitigen Maßnahme unmittelbar und individuell betroffen sein muss – Grundsatz der relativen Wirkung von Verträgen – **Grundsatz der Selbstbestimmung** – Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung – Art 73 der Charta der Vereinten Nationen – Ermessen des Rates der Europäischen Union – Völkergewohnheitsrecht – **Allgemeine Grundsätze** des Unionsrechts – Zustimmung des Volkes eines Hoheitsgebiets ohne Selbstregierung, das Inhaber des Rechts auf Selbstbestimmung ist, als eines an einer internationalen Übereinkunft nicht beteiligten Dritten

[04.10.2024, Rs C-548/21, Bezirkshauptmannschaft Landeck \(Tentative d'accès aux données personnelles stockées sur un téléphone portable\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten – Richtlinie (EU) 2016/680 – Art 3 Nr 2 – Begriff **„Verarbeitung“** – Art 4 – Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten – Art 4 Abs. 1 Buchst. c – Grundsatz der **„Datenminimierung“** – Art 7, 8 und 47 sowie Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Erfordernis, dass eine Einschränkung der Ausübung eines Grundrechts ‚gesetzlich vorgesehen‘ sein muss – **Verhältnismäßigkeit** – Beurteilung der Verhältnismäßigkeit anhand aller relevanten Gesichtspunkte – Vorherige Kontrolle durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsbehörde – Art 13 – Der betroffenen Person zur Verfügung zu stellende oder zu erteilende Informationen – Grenzen – Art 54 – Recht auf **wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf** gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter – Polizeiliche Ermittlungen im Bereich des Handels mit Suchtmitteln – Versuch der Polizeibehörden, ein Mobiltelefon zu entsperren, um für die Zwecke dieser Ermittlungen Zugang zu den darauf gespeicherten Daten zu erlangen

[04.10.2024, Rs C-446/23, Schrems \(Communication de données au grand public\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – **Soziale Online-Netzwerke** – Allgemeine Nutzungsbedingungen für Verträge zwischen einer digitalen Plattform und einem Nutzer – Personalisierte Werbung – Art 5 Abs 1 Buchst b – **Grundsatz der Zweckbindung** – Art 5 Abs 1 Buchst c – Grundsatz der Datenminimierung – Art 9 Abs 1 und 2 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten – Daten zur sexuellen Orientierung – Von der betroffenen Person öffentlich gemachte Daten

[04.10.2024, Rs C-21/23, Lindenapotheke](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Kapitel VIII – Rechtsbeihilfe – **Vertrieb von Arzneimitteln** durch einen Apotheker über eine Onlineplattform – Unter dem Gesichtspunkt des Verbots unlauterer Geschäftspraktiken bei den Zivilgerichten erhobene Klage eines Mitbewerbers des Apothekers wegen dessen Verstoßes gegen die in dieser Verordnung vorgesehenen Pflichten – **Klagebefugnis** – Art 4 Nr 15 und Art 9 Abs 1 und 2 – Richtlinie 95/46/EG – Art 8 Abs 1 und 2 – **Begriff ‚Gesundheitsdaten‘** – Voraussetzungen für die Verarbeitung dieser Daten

[04.10.2024, Rs C-4/23, Mirin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 und 21 AEUV – Art 7 und 45 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Unionsbürger, der bei der Ausübung dieses Rechts und während seines Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig die **Änderung** seines **Vornamens** und seiner **Geschlechtsidentität** erworben hat – Verpflichtung des Herkunftsmitgliedstaats, diese Änderung des Vornamens und der Geschlechtsidentität anzuerkennen und in die Geburtsurkunde einzutragen – Nationale Regelung, die eine solche Anerkennung und Eintragung nicht erlaubt und den Betroffenen zwingt, ein neues Verfahren gerichtlicher Art zum Wechsel der Geschlechtsidentität im Herkunftsmitgliedstaat anzustrengen – Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union

[04.10.2024, Rs C-793/22, Biohemp Concept](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – Verordnung (EU) Nr 1307/2013 – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – **Anbau von Hanf** (Cannabis sativa) – Versagung der Genehmigung für den Anbau von Hanf in hydroponischen Systemen in geschlossenen Räumen

[04.10.2024, Rs C-721/22 P, Kommission/ PB](#)

Rechtsmittel – **Öffentliche Dienstleistungsaufträge** – Unregelmäßigkeiten bei Vergabeverfahren – Verordnung (EG) Nr 2988/95 – Art 4, 5 und 7 – Entscheidung, zu Unrecht gezahlte Beträge einzuziehen – **Zahlungsaufforderungen** – Unterscheidung zwischen verwaltungsrechtlichen Maßnahmen und verwaltungsrechtlichen Sanktionen – Möglichkeit, ohne sektorbezogene Regelung eine verwaltungsrechtliche Maßnahme zu erlassen – **Rückforderungsentscheidung** auf der Grundlage der Verordnung Nr 2988/95 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr 1605/2002 – Verordnung Nr 1605/2002 – Art 103 – Möglichkeit der Rückforderung vom Verwalter des Wirtschaftsteilnehmers, der Mittel der Europäischen Union erhalten hat

[04.10.2024, Rs C-621/22, Koninklijke Nederlandse Lawn Tennisbond](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 5 Abs 1 Buchst a – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Art 6 Abs 1 Unterabs 1 Buchst f – Erforderlichkeit der Verarbeitung zur Wahrung der **berechtigten Interessen** des Verantwortlichen oder eines Dritten – Begriff ‚berechtigte Interessen‘ – Wirtschaftliches Interesse – Sportverband – **Offenlegung personenbezogener Daten** der Mitglieder eines Sportverbands gegenüber Sponsoren gegen Entgelt ohne die Einwilligung dieser Mitglieder

[04.10.2024, verb Rs C-608/22 und C-609/22, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl u.a. \(Femmes afghanes\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen, die Drittstaatsangehörige für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erfüllen müssen – Art 2 Buchst d und e – Begriff ‚Verfolgungshandlung‘ – **Erforderlicher Schweregrad** – Art 9 – Hinreichend gravierende Kumulierung von diskriminierenden Maßnahmen gegen Frauen – Art 9 Abs 1 Buchst b – Formen der Verfolgungshandlungen – Art 9 Abs 2 – Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz – Art 4 Abs 3 – **Pflicht zur individuellen Prüfung** – Reichweite

[04.10.2024, Rs C-546/22, Schauinsland-Reisen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Pauschalreisen** und verbundene Reiseleistungen – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 12 Abs 3 – Beendigung eines Pauschalreisevertrags durch den Reiseveranstalter – Unvermeidbare, **außergewöhnliche Umstände** – Verhinderung der Durchführung der Reise durch solche Umstände – Offizielle Empfehlung, die von Reisen in das Zielland wegen der Ausbreitung von Covid-19 abrät

[04.10.2024, Rs C-412/22, Autoridade Tributária e Aduaneira \(Effets de l'abrogation d'un droit antidumping\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dumping** – Einfuhr bestimmter Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China – Einfuhr bestimmter aus Malaysia versandter Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl – Durchführungsverordnung (EU) 2016/278 – Aufhebung der mit der Verordnung (EG) Nr 91/2009 eingeführten Antidumpingzölle – Wirksamwerden dieser Aufhebung – Einfuhren vor diesem Wirksamwerden – **Nacherhebung von Antidumpingzöllen**

[04.10.2024, Rs C-399/22, Confédération paysanne \(\) und tomates du Sahara occidental\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Handelspolitik** – Internationale Übereinkünfte – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Marokko – Änderung der Protokolle Nr 1 und Nr 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – Art 9 – Art 26 Abs 2 – Durchführungsverordnung (EU) Nr 543/2011 – Art 3 Abs 1 und 2 – Art 5 Abs 1 und 2 – Art 8 – Art 15 Abs 1 und 4 – Anhang I – Anhang IV – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 76 – Information der Verbraucher über Lebensmittel – Verpflichtende Angabe des Ursprungslands oder des Herkunftsorts eines Lebensmittels – In der **Westsahara** geerntetes **Obst und Gemüse** – An einen Mitgliedstaat gerichteter Antrag, einseitig ein **Einfuhrverbot** für diese Erzeugnisse zu erlassen – Verpflichtende Angabe der Westsahara als Herkunftsort der in diesem Gebiet geernteten Tomaten und Melonen

[04.10.2024, verb Rs C-779/21 P und C-799/21 P, Kommission/ Front Polisario](#)

Rechtsmittel – Auswärtiges Handeln – Internationale Übereinkünfte – Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem **Königreich Marokko** andererseits – Abkommen zur Änderung der Protokolle Nr 1 und Nr 4 dieses Abkommens – Abschlussakt – Geltend gemachte Verstöße gegen das Völkerrecht wegen der Anwendbarkeit des zweiten Abkommens auf das Gebiet der Westsahara – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Parteifähigkeit – **Klagebefugnis** – Voraussetzung, wonach ein Kläger in bestimmten Fällen von der streitigen Maßnahme unmittelbar und individuell betroffen sein muss – Grundsatz der relativen Wirkung von Verträgen – **Grundsatz der Selbstbestimmung** – Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung – Art 73 der Charta der Vereinten Nationen – Ermessen des Rates der Europäischen Union – **Völkergewohnheitsrecht** – Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts – Zustimmung des Volkes eines Hoheitsgebiets ohne Selbstregierung, das Inhaber des Rechts auf Selbstbestimmung ist, als eines an einer internationalen Übereinkunft nicht beteiligten Dritten

[04.10.2024, Rs C-387/24 PPU, Bouskoura](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Grenzkontrolle, Asyl und Einwanderung – Richtlinie 2008/115/EG – Art 15 Abs 2 Buchst b – Inhaftnahme eines Drittstaatsangehörigen für die Zwecke der Abschiebung – Richtlinie 2013/33/EU – Art 9 – Haft einer Person, die internationalen Schutz beantragt – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 28 Abs 2 – Inhaftnahme zum Zweck der Überstellung – Rechtswidrigkeit der Haft – Art 6 und 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[04.10.2024, Rs C-579/23 P, Consortium des Charcutiers Corses](#)

Rechtsmittel – Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben – Verordnung (EU) Nr 1151/2012 – Art 7 und 8 – Art 49 Abs 2 und Art 50 Abs 1 – Umfang der Kontrolle durch die Europäische Kommission von Anträgen auf Eintragung von Namen als geografische Angabe – **Zuständigkeitsverteilung** zwischen nationalen Behörden und der Kommission – **Bedingungen** für die Eintragung eines Namens

[04.10.2024, Rs C-507/23, Patērētāju tiesību aizsardzības centrs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 Abs 1 – Haftung und Recht auf Schadenersatz – Rechtswidrige Datenverarbeitung – Verletzung des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten – Schadensbegriff – Ersatz eines **immateriellen Schadens** in Form einer Entschuldigung – Zulässigkeit – Effektivitätsgrundsatz – Beurteilung der Form und der Höhe des Schadenersatzes – Etwaige Berücksichtigung der Haltung und der Beweggründe des Verantwortlichen

[04.10.2024, Rs C-494/23, Mahá](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 1 Abs 1 – Anwendungsbereich – Zivil- und Handelssachen – Begriff – Verfahren zur Ersetzung der Zustimmung des Beklagten zur Aufhebung der gerichtlichen Verwahrung einer von den Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmten Sache – Art 8 Nr 2 – **Interventionsklage** – Begriff ‚Dritter‘

[04.10.2024, Rs C-475/23, Voestalpine Giesserei Linz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 Buchst a – Recht auf Vorsteuerabzug – Erwerb eines Gegenstands durch einen Steuerpflichtigen – **Unentgeltliche Zurverfügungstellung** des Gegenstands für ein Subunternehmen zur Ausführung von Tätigkeiten zugunsten des Steuerpflichtigen – Versagung des Abzugs der auf den Gegenstand entfallenden Mehrwertsteuer

[04.10.2024, Rs C-314/23, Air Nostrum ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung** von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Richtlinie 2006/54/EG – Art 2 Abs 1 Buchst e – Begriff des ‚Entgelts‘ – Art 4 – Verbot **mittelbarer Diskriminierung** aufgrund des Geschlechts

[04.10.2024, Rs C-240/23, Herbaria Kräuterparadies II](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft und Fischerei** – Ökologische/biologische Erzeugnisse – Verordnung (EU) 2018/848 – Vorschriften für die ökologische/biologische Produktion – Art 16 – Kennzeichnung – Art 30 – Bezeichnungen mit Bezug auf die ökologische/biologische Produktion – Art 33 – Logo der Europäischen Union für ökologische/biologische Produktion – **Verwendungsbedingungen** – Konformität des Erzeugnisses mit der Verordnung 2018/848 – Art 45 und 48 – Einfuhr von Erzeugnissen aus einem Drittland zum Zweck des Inverkehrbringens in der Union als ökologische/biologische Erzeugnisse – Gleichwertigkeit der Produktionsvorschriften dieses Drittlands mit den Vorschriften der Verordnung 2018/848 – **Verwendung des Drittlandslogos** für ökologische/biologische Produktion

[04.10.2024, Rs C-228/23, AFAÏA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Verordnung (EU) 2018/848 – Verwendung bestimmter Erzeugnisse und Stoffe in der ökologischen/biologischen Produktion und Verzeichnis dieser Erzeugnisse und Stoffe – Ausnahme – Durchführungsverordnung (EU) 2021/1165 – Anhang II – Begriffe ‚**industrielle Tierhaltung**‘ und ‚flächenunabhängige Tierhaltung‘ – Vertrauen der Verbraucher – Tierwohl – Beachtung des Umwelt- und des Klimaschutzes – Kriterien

[04.10.2024, Rs C-175/23, Obshtina Svishtovshtina Svishtov](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eigenmittel der Europäischen Union – Schutz der finanziellen Interessen der Union – Verordnung (EU) Nr 1303/2013 – Art 2 Nr 36 – Begriff ‚**Unregelmäßigkeit**‘ – Art 143 Abs 2 – **Schaden** für den **Haushalt** der Union in Form einer **ungerechtfertigten** Ausgabe – Bestimmung des anwendbaren Satzes der finanziellen Berichtigung – Skala der Pauschalsätze für die Berichtigung – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[04.10.2024, Rs C-171/23, UP CAFFE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 287 Nr 19 – Regelung über die **Mehrwertsteuerfreigrenze** für Kleinunternehmer – Missbräuchliche Praxis durch Gründung einer neuen Gesellschaft

[04.10.2024, Rs C-134/23, Elliniko Symvoulío gia tous Prosyfyges und Ypostirixi Prosyfygon sto Aigaió](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuerkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 38 – Art 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Konzept des ‚**sicheren Drittstaats**‘ – Einstufung der Republik Türkei als ‚sicherer Drittstaat‘ – Rückübernahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, in einen Drittstaat – Verweigerung

[04.10.2024, Rs C-127/23 P, Falke/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 3 Buchst b AEUV – Von der Bundesrepublik Deutschland angemeldete Beihilferegulation – Unterstützung für **ungedeckte Fixkosten** im Rahmen der **Covid-19-Pandemie** – Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen – Beschluss der Europäischen Kommission, keine Einwände zu erheben – Individuelle Prüfung der angemeldeten Beihilferegulation – Beihilfe zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats – Verhältnismäßigkeit

[04.10.2024, Rs C-124/23 P, E. Breuninger/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 3 Buchst b AEUV – Von der Bundesrepublik Deutschland angemeldete Beihilferegulation – Unterstützung für **ungedeckte Fixkosten** im Rahmen der **Covid-19-Pandemie** – Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen – Beschluss der Europäischen Kommission, keine Einwände zu erheben – Individuelle Prüfung der angemeldeten

Beihilferegelung – Beihilfe zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats – Verhältnismäßigkeit

B. SCHLUSSANTRÄGE

[04.10.2024, verb Rs C-244/23 P und C-246/23 P, Kommission/ Carpatair \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Luftverkehrssektor** – Maßnahmen Rumäniens zugunsten des Flughafens Timișoara – Maßnahmen des Flughafens Timișoara zugunsten von Wizz Air und der diesen Flughafen nutzenden Luftverkehrsgesellschaften – Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass zum Teil keine staatliche Beihilfe zugunsten des Flughafens Timișoara und der diesen Flughafen nutzenden Luftverkehrsgesellschaften vorliegt – Vorteil – **Kriterium des privaten Wirtschaftsteilnehmers**

C. GERICHT

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

08.10.2024, Beschwerde Nr [14680/22](#), *Zavridou/Zypern*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Schutzpflichten; Versäumnis der inländischen Behörden, das **Sorgerecht** der Mutter zu sichern und die entsprechenden gerichtlichen Anordnungen durchzusetzen, was zur **Entfremdung** der Kinder von der Mutter geführt hat; Reaktionen der Behörden, die entweder nicht rechtzeitig erfolgten oder vollständig von der Kooperationsbereitschaft des Vaters abhingen, obwohl dieser ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung der Kinder mit der Mutter systematisch behinderte

08.10.2024, Beschwerde Nr [35276/20](#), *S.F./Finnland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Schutzpflichten; Ablehnung des Antrags auf **Familienzusammenführung** eines **Flüchtlings**, der die Unterhaltspflicht nicht erfüllt und den Antrag außerhalb der dreimonatigen Ausschlussfrist gestellt hat; Fehlen objektiv entschuldbarer Gründe für das Versäumnis, den Antrag auf Familienzusammenführung innerhalb dieser Frist zu stellen; Bf wurde rechtzeitig und angemessen über die Verfahren der Familienzusammenführung beraten; Ablehnung ist nicht unumkehrbar; Möglichkeit, unter Berufung auf außergewöhnliche Umstände einen neuen Antrag auf eine Ausnahmeregelung zu stellen, wenn sich neue Umstände ergeben; angemessener Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen; weiter Beurteilungsspielraum nicht überschritten

08.10.2024, Beschwerde Nr [36013/13](#), *Cosovan/Republik Moldau (Nr 2)*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); besondere **Einziehung** eines Geldbetrags wegen seiner unstrittig rechtswidrigen Herkunft, nach der Einstellung des Strafverfahrens als verjährt; nach innerstaatlichem Recht stellt die besondere Einziehung eine vorsorgliche Maßnahme dar, die sich eher gegen eine Sache als gegen eine Person zu richten scheint und mit der die Verwendung von Vermögenswerten aus einer rechtswidrigen Handlung verhindert werden soll; Verhängung einer Einziehungsentscheidung stellt keine Strafe als solche dar und setzt weder die Feststellung einer **Schuld** an einer Straftat voraus noch spiegelt sie die Überzeugung von der Begehung einer solchen Straftat nach strafrechtlichen Maßstäben wider; Aussagen in der Einziehungsentscheidung konnten vernünftigerweise nicht als Bejahung der Schuld an der Begehung der Straftat verstanden werden

08.10.2024, Beschwerde Nr [41675/12](#), *Aghajanyan/Armenien*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); Schutzpflichten; fristlose **Entlassung** eines leitenden **Forschers** einer privaten Chemiefabrik, nachdem er in einem Interview mit einem Journalisten **sensible Informationen** über sei-

nen Arbeitgeber preisgegeben hatte; Versäumnis der inländischen Gerichte, sachdienliche und ausreichende Gründe anzuführen; Nichtbeachtung der Schlüsselemente für die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit einer derart schwerwiegenden Maßnahme; Fehlen eines angemessenen Ausgleichs zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen, unter Berücksichtigung der Kriterien der Rsp des Gerichtshofs

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.